

Szenarien als Denkmodelle der Sicherheitspolitik. Teil 2

Autor(en): **Stahel, Albert A.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **178 (2012)**

Heft 11

PDF erstellt am: **25.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-309682>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Szenarien als Denkmodelle der Sicherheitspolitik (2/2)

Die Weiterentwicklung der Sicherheitspolitik, auf staatlicher und auf Bündnisebene, erfordert gewisse Annahmen. Das scheinbar Unmögliche und Undenkbare wird dabei oft verdrängt oder höchstens einer Fussnote für würdig befunden. Eine glaubwürdige Sicherheitspolitik muss sich mit solchen Entwicklungen befassen; Szenarien stellen dazu ein geeignetes Denkmodell dar. Der Mittlere Osten und der Pazifik sind Gegenstand dieses Artikels.

Albert A. Stahel

Mit dem Bericht «Sustaining U.S. Global Leadership: Priorities for 21st Century Defense» vom 3. Januar 2012 hat Präsident Barack Obama die neue Geo- und Militärstrategie der USA angekündigt. In seiner Einleitung zum Bericht postuliert Verteidigungsminister Leon Panetta, dass die USA mit ihrer Militärstrategie ihre wichtigsten nationalen Interessen schützen müssen. Dazu gehört die Bewältigung der Herausforderung durch China und die Neuorientierung der US-Streitkräfte auf den westlichen Pazifik: «We will of necessity rebalance toward the Asia-Pacific region.»

Wegen ihrer Verschuldung und ihres machtpolitischen Abstiegs können die USA das aufsteigende China nicht mehr allein eindämmen, sie sind dazu auf die Unterstützung ihrer Alliierten und Partner angewiesen. Zu den wichtigsten Partnern im Indischen Ozean und im westlichen Pazifik gehören Indien und Korea: «We will expand our networks of cooperation with emerging partners throughout the Asia-Pacific. The United States is also investing in a long-term strategic partnership with India to support its ability to serve as a provider of security in the broader Indian Ocean region. Furthermore, we will maintain peace on the Korean Peninsula by effectively working with allies.»

Weitere wichtige Alliierte und Partner der USA im westlichen Pazifik sind Australien, Neuseeland, die Philippinen, Japan, Thailand, Singapur, Indonesien, Malaysia und Taiwan.

Umorientierung der US-Strategie

Für diese Umorientierung der US-Strategie und der US-Streitkräfte ist insbesondere die Flugzeugträgerflotte mit elf Flug-

zeugträgern und zehn Geschwadern wichtig, die auch in Zukunft diese Kampfstärke beibehält. Die USA fokussieren ihre Strategie und ihre Streitkräfte – insbesondere Navy und Air Force – von jetzt an auf den westlichen Pazifik und den Persischen Golf. Europa dürfte im neuen geopolitischen Verständnis der USA bedeutungslos werden.

Bei dieser Umorientierung werden für die USA ihre Stützpunkte im Pazifik und im Indischen Ozean zunehmend wichtiger. Dazu gehören Diego Garcia im Indischen Ozean, Oahu, Guam, Yokota, Okinawa und Singapur im Pazifik. Aber auch Darwin in Australien nimmt eine wichtige Rolle ein. Für eine allfällige militärische Auseinandersetzung mit China ist in den USA eine neue operative Konzeption, die AirSea-Battle, entwickelt worden. Neben den Trägerkampfgruppen spielen die strategischen Bomber eine wichtige Rolle; mit Langstreckenlenkwaffen ausgerüstet, können sie von den US-Stützpunkten aus sämtliche Ziele in China abdecken.

Krisen und Schwächen der USA

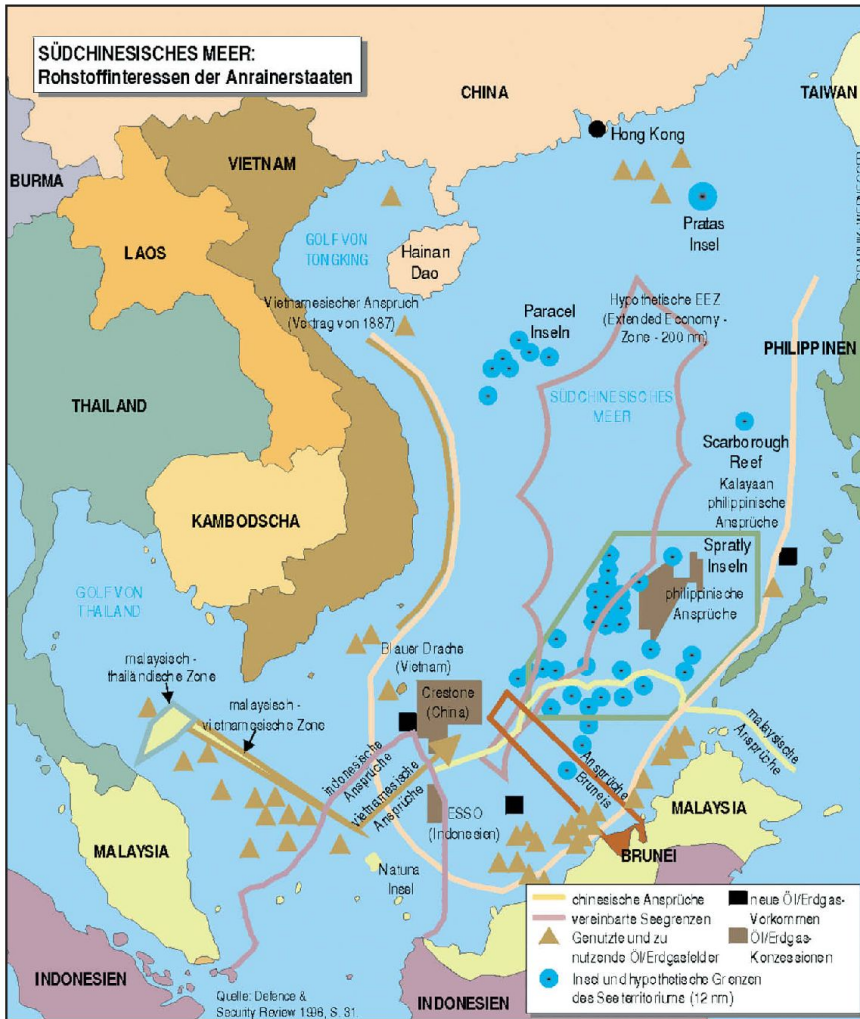
Im Gegensatz zur Umorientierung der US-Strategie stehen die wirtschaftlichen und finanzpolitischen Krisen und Schwächen, die die Obama-Administration zu bewältigen hat. Dazu gehört das Handelsdefizit mit China – die Folge des Konsumverhaltens der US-Bevölkerung und der Auslagerung wichtiger Produktionsstätten nach Asien, der daniederliegende Häusermarkt – die Folge der Finanzpolitik von G.W. Bush und des Fed, die Verschleuderung von 1000 bis 3000 Milliarden US-Dollar in die aussichtslosen Kriege im Irak und in Afghanistan, die Aufblähung des Verteidigungsbudgets auf über 700 Milliarden US-Dollar durch G.W.

Bush, die Finanzierung sinnloser Rüstungsprojekte, die Versorgung von über 600 000 Veteranen und Invaliden durch den Staat sowie die Steuerreduktionen durch G.W. Bush für Reiche. Alle diese Entwicklungen haben zum Haushaltsdefizit beigetragen und damit die Volkswirtschaft der USA entscheidend geschwächt.

China, dessen Wirtschaft immer noch durch Wachstum bestimmt wird, reagiert auf die Herausforderung durch die USA mit einer eigenen Aufrüstung. Dazu gehören die Einführung neuer U-Boote, Kriegsschiffe und ballistischer Lenkwaffen gegen die amerikanischen Flugzeugträger. Die Basis dieser Aufrüstung der Seestreitkräfte bildet das chinesische Nuklearpotential, das der Abschreckung der US-Nuklearwaffen dient.

Politische und wirtschaftliche Schwächen Chinas

Die politischen und wirtschaftlichen Schwächen der Volksrepublik müssen allerdings beachtet werden. Neben dem sozialen Ungleichgewicht in China zwischen den reichen Küstenstädten und der Landbevölkerung muss insbesondere seine Achillesferse erwähnt werden. Das Wachstum der chinesischen Volkswirtschaft beruht auf immer grösser werdenden Erdöleinfuhren. Diese wiederum gelangen in der Gegenwart zum grössten Teil immer noch per Tanker nach China. Der Schutz und die Kontrolle dieser Seeverbindungen – 83% der Ein- und Ausfuhren Chinas erfolgen über die Malakka-Strasse – stellt für die chinesische Führung das wichtigste Problem dar. Als Gegenmassnahme hat China den Bau von vier Seestützpunkten im Indischen Ozean finanziert: Gwadar in Pakistan, Hambantota in Sri Lanka, Chittagong in Bangladesh und



Spannungen im südchinesischen Meer (vgl. auch ASMZ 06/2012).

Sittwe in Myanmar. Weitere Gegenmassnahmen sind die Erdölpipeline von Myanmar zum chinesischen Kunming und der Bau von Pipelines nach Zentralasien und Sibirien. Einem zukünftigen Schutz seiner Seeverbindungen würden auch die Einverleibung von Taipeh und die Kontrolle der Taiwan-Strasse durch China dienen.

Spannungen im südchinesischen Meer

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt richtet die chinesische Führung das Hauptinteresse auf die Kontrolle des Südchinesischen Meeres. Entgegen den Konventionen des internationalen Seerechts beansprucht China den grössten Teil des Südchinesischen Meeres als eigenes Territorium. Zu diesem Zweck verletzt China immer wieder das Recht der freien Schifffahrt in internationalen Gewässern. China will seine Abhängigkeit von Erdöleinfuhren durch die Ausbeutung der Vorkommen im Südchinesischen Meer mindern und dadurch gleichzeitig die Seeverbin-

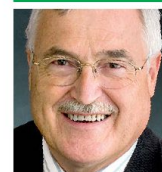
dung durch die Malakka-Strasse sichern. Um diese Machtpolitik durchsetzen zu können, beansprucht Beijing die Herrschaft über den gesamten Spratly-Archipel. Dem gegenüber stehen die Ansprüche von Vietnam, der Philippinen, Brunei, Malaysia, Indonesien und Taiwan auf einzelne Inseln des Archipels. Ohne offizielle Verlautbarung unterstützen die USA die Ansprüche ihrer Alliierten und pochen gleichzeitig auf die Durchsetzung der freien Schifffahrt im Südchinesischen Meer.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt nimmt die machtpolitische Rivalität im westlichen Pazifik zwischen China und den USA zu. Während die USA zusammen mit ihren Alliierten und ihren Streitkräften eine strategische Nötigung Chinas betreiben, rüstet die Volksrepublik auf. Dabei muss beachtet werden, dass das Wachstum der chinesischen Volkswirtschaft immer noch von der Volkswirtschaft der USA abhängig ist und bei einer Eskalation zum bewaffneten

Konflikt zusammenbrechen würde. Heute wäre China in einem solchen Fall der eindeutige Verlierer. Diese Erkenntnis ist auch der Grund, warum die chinesische Führung durch das Ausweichen einer Konfrontation den Zeitfaktor für sich ausnützen will. Dagegen verfügen die USA angesichts ihrer wirtschaftlichen Schwäche für die machtpolitische Bereinigung mit China nicht über sehr viel Zeit; ein baldiges Handeln und die Bereinigung der Machtverhältnisse im westlichen Pazifik drängen sich auf. Sollte diese Konfrontation noch weiter andauern, könnte in Anbetracht der Schwäche der amerikanischen Volkswirtschaft die innere Kohäsion der USA in Frage gestellt sein. Mit einer Bereinigung der Machtansprüche im westlichen Pazifik dürfte deshalb in absehbarer Zeit gerechnet werden. Zu diesem Zweck ergänzen die USA die Drohkulisse ihrer Streitkräfte zunehmend auch durch eine indirekte Strategie, die auf den Zerfall Chinas durch das Schüren von inneren Unruhen und das Abwürgen der Energie- und Rohstoffversorgung ausgerichtet ist.

Kriege im Mittleren Osten und am Persischen Golf

Sollte sich der angedeutete Machtzerfall der USA in absehbarer Zeit beschleunigen, wird sich aufgrund des Machtvakuum und der Machtansprüche des Iran über den Persischen Golf und Irak sowie das westliche Afghanistan, eine Koalition Gegner Irans, Saudi-Arabien, Türkei und Israel bilden. Ein solcher Schritt würde die Region definitiv destabilisieren. Sollte zu diesem Zeitpunkt Israel noch keinen Luftschlag gegen die iranischen Nuklearanlagen ausgeführt haben, wäre die Situation erreicht, wo Israel einen solchen führen würde. Denkbar ist auch, dass in einer solchen Lage Saudi-Arabien und die Türkei eigene Nuklearwaffen beschaffen. Möglicherweise könnte eine nukleare Proliferation sogar zu einer Stabilisierung der Region führen. Bis aber dieser Punkt erreicht wäre, müsste mit einer ununterbrochenen Folge von Kriegen gerechnet werden, so insbesondere zwischen dem Iran und Saudi-Arabien und dem Iran und der Türkei. ■



Prof. Dr. oec. publ. Albert A. Stahel
Leiter Institut für Strategische Studien
8820 Wädenswil